

DRINGEND TERMIN

**Europarat; Änderungen des Übereinkommens
Nr. 108 vom 28. Januar 1981 zum Schutz des
Menschen bei der automatischen Verarbeitung
personenbezogener Daten, die den Europäischen
Gemeinschaften den Beitritt ermöglichen;
Annahme
Beilagen**

An

die Österreichische Präsidentschaftskanzlei
die Parlamentsdirektion
den Rechnungshof
die Volksanwaltschaft
den Verfassungsgerichtshof
den Verwaltungsgerichtshof
das Bundeskanzleramt
das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
das Bundesministerium für Finanzen
das Bundesministerium für Inneres
das Bundesministerium für Justiz
das Bundesministerium für Landesverteidigung
das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen
das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
das Büro von Herrn Vizekanzler GORBACH
das Büro von Herrn Staatssekretär MORAK
das Büro von Herrn Staatssekretär Mag. SCHWEITZER
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. WINKLER
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. FINZ
das Büro von Herrn Staatssekretär Sigisbert DOLINSCHEK
das Büro von Herrn Staatssekretär Mag. MAINONI
das Büro von Herrn Staatssekretär Mag. KUKACKA
den Datenschutzzrat
die IKT-Stabsstelle beim Bundeskanzleramt
den unabhängigen Bundesasylsenat
das Amt der Wiener Landesregierung
das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
das Amt der Burgenländischen Landesregierung
das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
das Amt der Kärntner Landesregierung

das Amt der Salzburger Landesregierung
das Amt der Tiroler Landesregierung
das Amt der Vorarlberger Landesregierung
die Verbindungsstelle der Bundesländer
den Österreichischen Gemeindebund
den Österreichischen Städtebund
die Wirtschaftskammer Österreich
die Bundesarbeitskammer
die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
den Österreichischen Landarbeiterkammertag
den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag
die Österreichische Notariatskammer
die Österreichische Patentanwaltskammer
die ARGE Daten

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten übermittelt in der Anlage den Entwurf Ministerratsvortrages samt dazugehörigen Texten zur Genehmigung von Änderungen zum Übereinkommen des Europarates Nr. 108 vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, die den Beitritt der Europäischen Gemeinschaften zu diesem Übereinkommen ermöglichen sollen, und ersucht um allfällige Stellungnahme bis spätestens

31. Mai 2006

an die e-mail-adresse abtii7@bmaa.gv.at.

Sollte bis zum oben angegebenen Zeitpunkt keine Stellungnahme einlangen, so wird das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten davon ausgehen, dass gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben werden.

Gegebenenfalls wird ersucht,

- die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln, und zwar — bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hiezu — im Wege elektronischer Post an die Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bedauert die kurze Fristsetzung, die jedoch dadurch vertretbar erscheint, dass die Änderungen des Übereinkommens Nr. 108 gegenüber der derzeit geltenden österreichischen Rechtslage **keinerlei Neuerungen** bringen.

Wien, am 9. Mai 2006
Für den Bundesminister:

Dr. Harald W. KOTSCHY m.p.

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**

GZ. BMaA-E1.2.13.21/00x-II.7c/2006

**Änderungen des Übereinkommens
zum Schutz des Menschen bei der automatischen
Verarbeitung personenbezogener Daten, die den
Europäischen Gemeinschaften den Beitritt ermöglichen;
Annahme**

Vortrag

an den

Ministerrat

Das Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. Nr. 317/1988) stellt, abgesehen von der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Richtlinie), ABl. L 281 vom 23.11.1995, die lediglich das Datenschutzrecht im Bereich der ersten Säule harmonisiert, die wichtigste Rechtsgrundlage für den Datenschutz in Europa dar. Auch für die Mitgliedstaaten der EU hat das Übereinkommen insofern unmittelbare Bedeutung, als die Datenschutz-Richtlinie in der Dritten Säule naturgemäß nicht gilt und in diesem Bereich viele Rechtsakte auf das Übereinkommen Bezug nehmen (vgl. etwa das Europol-Übereinkommen, die Schengen Übereinkommen, die Eurodac-Konvention, den Vertrag über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich (ZIS)). Die inhaltliche Kompatibilität des Übereinkommens mit der Datenschutz-Richtlinie trägt in diesem Lichte notwendig zur Gewährleistung eines kohärenten Datenschutzniveaus bei.

Mit Schreiben vom 22. Oktober 1997 beantragten die Europäischen Gemeinschaften beim Europarat den Beitritt zum Übereinkommen. Im Beitritt der Europäischen Gemeinschaften spiegelt sich der Wunsch wider, die Zusammenarbeit mit dem Europarat auszubauen und zur Schaffung eines stärkeren internationalen Forums für den Datenschutz, insbesondere im Verhältnis zu Drittstaaten, beizutragen. Bis zu den hier gegenständlichen Änderungen stand das Übereinkommen nur Staaten zum Beitritt offen. Es war daher erforderlich, Änderungen vorzunehmen, um den Europäischen Gemeinschaften den Beitritt zu ermöglichen. Der Beratende Ausschuss erarbeitete die Änderungen gemäß Art. 21 des Übereinkommens. Das Ministerkomitee des Europarates genehmigte die Änderungen bei seiner 675. Sitzung am 15. Juni 1999. Nach der Genehmigung durch das Ministerkomitee wurden die Änderungen den Vertragsparteien zur Annahme vorgelegt.

Durch die Öffnung des Übereinkommens für einen Beitritt der Europäischen Gemeinschaften entstehen keine Kosten, da die sich aus den Änderungen des

Übereinkommens ergebenden Verpflichtungen nicht über die geltende Rechtslage hinausgehen.

Die Änderungen des Übereinkommens haben gesetzesändernden bzw. gesetzesergänzenden Charakter und bedürfen daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Sie haben nicht politischen Charakter und enthalten keine verfassungsändernden bzw. verfassungsergänzenden Bestimmungen. Der Nationalrat hat anlässlich der Genehmigung des Übereinkommens beschlossen, dass dieses gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG durch die Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist. Für die Änderungen des Übereinkommens ist daher ebenfalls ein Beschluss des Nationalrats gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG erforderlich. Eine Erlassung von Gesetzen ist aber nicht erforderlich, da die Änderungen nur den Beitritt der Europäischen Gemeinschaften ermöglichen und dies keine Änderung der bestehenden Rechtslage in Österreich notwendig macht. Da durch diese Änderungen keine Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder geregelt werden, bedarf es keiner Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

Anbei lege ich den authentischen Wortlaut der Änderungen des Übereinkommens in englischer und französischer Sprache, deren Übersetzung ins Deutsche sowie die Erläuterungen vor.

Im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler stelle ich daher den

A n t r a g ,

die Bundesregierung wolle

1. die Änderungen des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, die den Europäischen Gemeinschaften den Beitritt ermöglichen, deren Übersetzung ins Deutsche sowie die Erläuterungen genehmigen,
2. die Änderungen des Übereinkommens unter Anschluss der Übersetzung und der Erläuterungen dem Nationalrat zur Genehmigung gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG zuleiten,
3. dem Nationalrat vorschlagen, anlässlich der Genehmigung der Änderungen des Übereinkommens zu beschließen, dass diese gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist,
4. nach erfolgter Genehmigung dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, mich oder eine/n von mir namhaft zu machende/n Beamten/in des höheren Dienstes des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zur Annahme der Änderungen des Übereinkommens gemäß Art. 21 des Übereinkommens zu ermächtigen.

Wien, am

**Änderungen des
Übereinkommens zum Schutz des Menschen
bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (SEV
Nr. 108),
die den Europäischen Gemeinschaften den Beitritt ermöglichen**

(Übersetzung)

Artikel 1

Artikel 3 Absätze 2, 3 und 6 des Übereinkommens lautet wie folgt:

"(2) Jeder Staat oder die Europäischen Gemeinschaften können bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch Erklärung an den Generalsekretär des Europarats bekannt geben,

- a) dass sie dieses Übereinkommen auf bestimmte Arten von automatisierten Dateien/Datensammlungen mit personenbezogenen Daten nicht anwenden, und hinterlegen ein Verzeichnis dieser Arten. In das Verzeichnis dürfen sie jedoch Arten automatisierter Dateien/Datensammlungen nicht aufnehmen, die nach ihrem internen Recht Datenschutzvorschriften unterliegen. Sie ändern dieses Verzeichnis durch eine neue Erklärung, wenn weitere Arten von automatisierten Dateien/Datensammlungen mit personenbezogenen Daten ihren internen Datenschutzvorschriften unterstellt werden;
- b) dass sie dieses Übereinkommen auch auf Informationen über Personengruppen, Vereinigungen, Stiftungen, Gesellschaften, Körperschaften oder andere Stellen anwenden, die unmittelbar oder mittelbar aus natürlichen Personen bestehen, unabhängig davon, ob diese Stellen Rechtspersönlichkeit besitzen oder nicht;
- c) dass sie dieses Übereinkommen auch auf Dateien/Datensammlungen mit personenbezogenen Daten anwenden, die nicht automatisch verarbeitet werden.

(3) Jeder Staat oder die Europäischen Gemeinschaften, die den Geltungsbereich dieses Übereinkommens durch eine Erklärung nach Absatz 2 Buchstabe b oder c erweitert haben, können in dieser Erklärung bekannt geben, dass die Erweiterung nur für bestimmte Arten von Dateien/Datensammlungen mit personenbezogenen Daten gilt; sie hinterlegen ein Verzeichnis dieser Arten.

(6) Die Erklärungen nach Absatz 2 werden mit Inkrafttreten des Übereinkommens für den Staat oder die Europäischen Gemeinschaften wirksam, die sie abgegeben haben, wenn sie im Zeitpunkt der Unterzeichnung oder der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde abgegeben worden sind, oder drei Monate nach ihrem Eingang beim Generalsekretär des Europarats, wenn sie später abgegeben worden sind. Diese Erklärungen können ganz oder teilweise durch Notifikation an den Generalsekretär des Europarats zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird drei Monate nach Eingang der Notifikation wirksam."

Artikel 2

1. In Artikel 20 des Übereinkommens wird ein neuer Absatz 3 eingefügt, der wie folgt lautet:

"Jede Vertragspartei ist stimmberechtigt. Jeder Vertragsstaat des Übereinkommens hat eine Stimme. Hinsichtlich der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Fragen üben die Europäischen Gemeinschaften ihr Stimmrecht aus und geben eine Zahl von Stimmen ab, die der Zahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind und für den betreffenden Bereich ihre Zuständigkeiten auf die Europäischen Gemeinschaften übertragen haben. In diesem Fall beteiligen sich diese Mitgliedstaaten der Gemeinschaften nicht an der Abstimmung, und die anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaften können an der Abstimmung teilnehmen. Die Europäischen Gemeinschaften stimmen nicht ab, wenn sich die Abstimmung auf eine Frage bezieht, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt."

2. Artikel 20 Absätze 3 und 4 des Übereinkommens wird zu Artikel 20 Absätze 4 und 5.

Artikel 3

Artikel 21 Absatz 2 des Übereinkommens lautet wie folgt:

"Der Generalsekretär des Europarats teilt jeden Änderungsvorschlag den Mitgliedstaaten des Europarats, den Europäischen Gemeinschaften sowie jedem Nichtmitgliedstaat mit, der diesem Übereinkommen beigetreten ist oder der nach Artikel 23 eingeladen worden ist, ihm beizutreten."

Artikel 4

Artikel 23 des Übereinkommens lautet wie folgt:

"Artikel 23 - Beitritt von Nichtmitgliedstaaten oder der Europäischen Gemeinschaften

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung vorgesehenen Mehrheit und mit einhelliger Zustimmung der Vertreter der Vertragsstaaten, die Anspruch auf einen Sitz im Komitee haben, gefassten Beschluss jeden Nichtmitgliedstaat des Rates einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Die Europäischen Gemeinschaften können dem Übereinkommen beitreten.

(3) Für jeden beitretenden Staat oder für die beitretenden Europäischen Gemeinschaften tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt."

Artikel 5

Artikel 24 des Übereinkommens lautet wie folgt:

"Artikel 24 – Räumlicher Geltungsbereich

(1) Jeder Staat oder die Europäischen Gemeinschaften können bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat oder die Europäischen Gemeinschaften können jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses

Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt."

Artikel 6

Artikel 27 des Übereinkommens lautet wie folgt:

"Artikel 27 – Notifikationen

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates, den Europäischen Gemeinschaften und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 22, 23 und 24;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen."

**Amendments to the
Convention for the Protection of Individuals
with regard to Automatic Processing of Personal Data (ETS No. 108)
allowing the European Communities to accede**

Article 1

Paragraphs 2, 3 and 6 of Article 3 of the Convention shall read as follows:

"2. Any State or the European Communities may, at the time of signature or when depositing their instrument of ratification, acceptance, approval or accession, or at any later time, give notice by a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe:

- a) that they will not apply this Convention to certain categories of automated personal data files, a list of which will be deposited. In this list they shall not include, however, categories of automated data files subject under their domestic law to data protection provisions. Consequently, they shall amend this list by a new declaration whenever additional categories of automated personal data files are subjected to data protection provisions under their domestic law;
- b) that they will also apply this Convention to information relating to groups of persons, associations, foundations, companies, corporations and any other bodies consisting directly or indirectly of individuals, whether or not such bodies possess legal personality;
- c) that they will also apply this Convention to personal data files which are not processed automatically.

3. Any State or the European Communities which have extended the scope of this Convention by any of the declarations provided for in sub-paragraph 2.b or c above may give notice in the said declaration that such extensions shall apply only to certain categories of personal data files, a list of which will be deposited.

6. The declarations provided for in paragraph 2 above shall take effect from the moment of the entry into force of the Convention with regard to the State or the European Communities which have made them if they have been made at the time of signature or deposit of their instrument of ratification, acceptance, approval or accession, or three months after their receipt by the Secretary General of the Council of Europe if they have been made at any later time. These declarations may be withdrawn, in whole or in part, by a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. Such withdrawals shall take effect three months after the date of receipt of such notification."

Article 2

1. A new paragraph 3, reading as follows, shall be inserted in Article 20 of the Convention:

"Every Party has a right to vote. Each State which is a Party to the Convention shall have one vote. Concerning questions within their competence, the European Communities exercise their right to vote and cast a number of votes equal to the number of Member States that are Parties to the Convention and have transferred their competencies to the European

Communities in the field concerned. In this case, those member States of the Communities do not vote, and the other member States may vote. The European Communities do not vote when a question which does not fall within their competence is concerned."

2. Paragraphs 3 and 4 of Article 20 of the Convention shall be renumbered as paragraphs 4 and 5, respectively, of the same article.

Article 3

Article 21, paragraph 2 of the Convention shall read as follows:

"Any proposal for amendment shall be communicated by the Secretary General of the Council of Europe to the member States of the Council of Europe, to the European Communities, and to every non-member State which has acceded to or has been invited to accede to this Convention in accordance with the provisions of Article 23."

Article 4

Article 23 of the Convention shall read as follows:

"Article 23 – Accession by non-member States or the European Communities

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may invite any non member State of the Council of Europe to accede to this Convention by a decision taken by the majority provided for in Article 20.d of the Statute of the Council of Europe and by the unanimous vote of the representatives of the Contracting States entitled to sit on the committee.
2. The European Communities may accede to the Convention.
3. In respect of any acceding State, or of the European Communities on accession, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe."

Article 5

Article 24 of the Convention shall read as follows:

"Article 24 – Territorial Clause

1. Any State or the European Communities may at the time of signature or when depositing their instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.
2. Any State or the European Communities may at any later date, by a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration. In respect of such territory the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such declaration by the Secretary General."

Article 6

Article 27 of the Convention shall read as follows:

"Article 27 – Notifications

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, the European Communities, and any State which has acceded to this Convention of:

- a) any signature;
- b) the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c) any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 22, 23 and 24;
- d) any other act, notification or communication relating to this Convention."

**Amendements à la
Convention pour la protection des personnes
à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel
(STE n° 108)
permettant l'adhésion des Communautés européennes**

Article 1

Les paragraphes 2, 3 et 6 de l'article 3 de la Convention se lisent comme suit:

«2. Tout Etat ou les Communautés européennes, peuvent, lors de la signature ou du dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à tout moment ultérieur, faire connaître par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe:

a) qu'ils n'appliqueront pas la présente Convention à certaines catégories de fichiers automatisés de données à caractère personnel dont une liste sera déposée. Ils ne devront toutefois pas inclure dans cette liste des catégories de fichiers automatisés assujetties selon leur droit interne à des dispositions de protection des données. En conséquence, ils devront amender cette liste par une nouvelle déclaration lorsque des catégories supplémentaires de fichiers automatisés de données à caractère personnel seront assujetties à leur régime de protection des données;

b) qu'ils appliqueront la présente Convention également à des informations afférentes à des groupements, associations, fondations, sociétés, corporations ou à tout autre organisme regroupant directement ou indirectement des personnes physiques et jouissant ou non de la personnalité juridique;

c) qu'ils appliqueront la présente Convention également aux fichiers de données à caractère personnel ne faisant pas l'objet de traitements automatisés.

3. Tout Etat ou les Communautés européennes qui ont étendu le champ d'application de la présente Convention par l'une des déclarations visées aux alinéas 2.b ou c ci-dessus peuvent, dans ladite déclaration, indiquer que les extensions ne s'appliqueront qu'à certaines catégories de fichiers à caractère personnel dont la liste sera déposée.

6. Les déclarations prévues au paragraphe 2 du présent article prendront effet au moment de l'entrée en vigueur de la Convention à l'égard de l'Etat ou des Communautés européennes qui les ont formulées, si cet Etat ou les Communautés européennes les ont faites lors de la signature ou du dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou trois mois après leur réception par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe si elles ont été formulées à un moment ultérieur. Ces déclarations pourront être retirées en tout ou en partie par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet trois mois après la date de réception d'une telle notification.»

Article 2

1. Un nouveau paragraphe 3, libellé comme suit, est inséré à l'article 20 de la Convention:

«Chaque Partie dispose d'un droit de vote. Tout Etat partie à la Convention a une voix. Sur les questions relevant de leur compétence, les Communautés européennes exercent leur droit de vote et expriment un nombre de voix égal au nombre de leurs Etats membres qui sont Parties à la Convention et qui ont transféré leurs compétences aux Communautés européennes dans le domaine considéré. Dans ce cas, ces Etats membres des Communautés ne participent pas au vote et les autres Etats membres des Communautés peuvent participer au vote. Les Communautés européennes ne votent pas lorsque le vote porte sur une question qui ne relève pas de leur compétence. »

2. Les paragraphes 3 et 4 de l'article 20 de la Convention sont renumérotés comme paragraphes 4 et 5, respectivement, de ce même article.

Article 3

L'article 21 paragraphe 2 de la Convention se lit comme suit:

«Toute proposition d'amendement est communiquée par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Communautés européennes, et à chaque Etat non-membre qui a adhéré ou a été invité à adhérer à la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 23.»

Article 4

L'article 23 de la Convention se lit comme suit:

«Article 23 – Adhésion d'Etats non-membres ou des Communautés européennes

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra inviter tout Etat non-membre du Conseil de l'Europe à adhérer à la présente Convention par une décision prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe et à l'unanimité des représentants des Etats contractants ayant le droit de siéger au comité.

2 . Les Communautés européennes peuvent adhérer à la Convention.

3. Pour tout Etat adhérant, ou pour les Communautés européennes adhérentes, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.»

Article 5

L'article 24 de la Convention se lit comme suit :

«Article 24 – Clauses territoriales

1. Tout Etat ou les Communautés européennes peuvent, au moment de la signature ou au moment du dépôt de leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Tout Etat ou les Communautés européennes peuvent, à tout autre moment par la suite, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la déclaration par le Secrétaire Général.»

Article 6

L'article 27 de la Convention se lit comme suit :

«Article 27 – Notifications

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Communautés européennes, et à tout Etat ayant adhéré à la présente Convention :

- a) toute signature;
- b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- c) toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à ses articles 22, 23 et 24;
- d) tout autre acte, notification ou communication ayant trait à la présente Convention.»

VORBLATT

Problem:

Das Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. 317/1988) stellt die wichtigste Rechtsgrundlage für den Datenschutz in Europa dar. Auch für die Mitgliedstaaten der EU hat das Übereinkommen insofern unmittelbare Bedeutung, als die Datenschutz-Richtlinie (95/46/EG) in der Dritten Säule nicht gilt und in diesem Bereich viele Rechtsakte auf das Übereinkommen Bezug nehmen. Der Beitritt der Europäischen Gemeinschaften zum Übereinkommen erscheint vor diesem Hintergrund erforderlich, ist aber im Übereinkommen noch nicht vorgesehen.

Ziel

Durch die Änderungen des Übereinkommens soll der Beitritt der Europäischen Gemeinschaften zum Übereinkommen ermöglicht werden.

Inhalt:

Anpassung des Übereinkommens, sodass der Beitritt der Europäischen Gemeinschaften zum Übereinkommen möglich wird.

Alternativen:

Keine.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Keine.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen stehen in keinem Widerspruch zum Recht der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Erfüllungsvorbehalt gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG.

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Teil

Die Änderungen des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, die den Europäischen Gemeinschaften den Beitritt ermöglichen, haben gesetzesändernden bzw. gesetzesergänzenden Charakter und bedürfen daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Sie haben nicht politischen Charakter und enthalten keine verfassungsändernden bzw. verfassungsergänzenden Bestimmungen. Der Nationalrat hat anlässlich der Genehmigung des Übereinkommens vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten beschlossen, dass dieses gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG durch die Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist. Für die Änderungen des Übereinkommens ist daher ebenfalls ein Beschluss des Nationalrats gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG erforderlich. Eine Erlassung von Gesetzen ist aber in diesem Falle nicht erforderlich, da die Änderungen nur den Beitritt der Europäischen Gemeinschaften ermöglichen und dies keine Änderung der bestehenden Rechtslage in Österreich notwendig macht. Da durch diese Änderungen keine Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder geregelt werden, bedarf es keiner Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

Das Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. Nr. 317/1988) wurde am 28.1.1981 durch Österreich unerzeichnet und am 30.3.1988 ratifiziert. Die Kundmachung im Bundesgesetzblatt 317/1988 erfolgte am 30.6.1988, somit trat das Übereinkommen für Österreich am 1.7.1988 in Kraft.

Es stellt, abgesehen von der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Richtlinie), ABl. L 281 vom 23.11.1995, die lediglich das Datenschutzrecht im Bereich der ersten Säule harmonisiert, die wichtigste Rechtsgrundlage für den Datenschutz in Europa dar. Auch für die Mitgliedstaaten der EU hat das Übereinkommen insofern unmittelbare Bedeutung, als die Datenschutz-Richtlinie in der Dritten Säule naturgemäß nicht gilt und in diesem Bereich viele Rechtsakte auf das Übereinkommen Bezug nehmen (vgl. etwa das Europol-Übereinkommen, die Schengen Übereinkommen, die Eurodac-Konvention, den Vertrag über den Einsatz der

Informationstechnologie im Zollbereich (ZIS)). Die inhaltliche Kompatibilität des Übereinkommens mit der Datenschutz-Richtlinie trägt in diesem Lichte notwendig zur Gewährleistung eines kohärenten Datenschutzniveaus bei.

Mit Schreiben vom 22. Oktober 1997 beantragten die Europäischen Gemeinschaften beim Europarat den Beitritt zum Übereinkommen. Im Beitritt der Europäischen Gemeinschaften spiegelt sich der Wunsch wider, die Zusammenarbeit mit dem Europarat auszubauen und zur Schaffung eines stärkeren internationalen Forums für den Datenschutz, insbesondere im Verhältnis zu Drittstaaten, beizutragen. Bis zu den hier gegenständlichen Änderungen stand das Übereinkommen nur Staaten zum Beitritt offen. Es war daher erforderlich, Änderungen vorzunehmen, um den Europäischen Gemeinschaften den Beitritt zu ermöglichen. Der Beratende Ausschuss erarbeitete die Änderungen gemäß Art. 21 des Übereinkommens. Das Ministerkomitee des Europarates genehmigte die Änderungen bei seiner 675. Sitzung am 15. Juni 1999. Nach der Genehmigung durch das Ministerkomitee wurden die Änderungen den Vertragsparteien zur Annahme vorgelegt.

Durch die Öffnung des Übereinkommens für einen Beitritt der Europäischen Gemeinschaften entstehen keine Kosten, da die sich aus den Änderungen des Übereinkommens ergebenden Verpflichtungen nicht über die geltende Rechtslage hinausgehen.

Besonderer Teil

Zu den Artikeln 1, 3, 5 und 6:

Zur Ermöglichung des Beitrittes der Europäischen Gemeinschaften zum gegenständlichen Übereinkommen war es notwendig, formale Änderungen vorzunehmen, auf Grund derer der Ausdruck "die Europäischen Gemeinschaften" in all jenen Bestimmungen des Übereinkommens hinzugefügt wird, die sich bisher nur auf Staaten beziehen.

Zu Artikel 2:

Artikel 20 des Übereinkommens reglementiert die Stimmrechte im Beratenden Ausschuss. Der neue Artikel 20 Absatz 3 des Übereinkommens trägt hierbei in flexibler Weise der

Entwicklung der Kompetenzverteilung zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten Rechnung. In Fällen, in denen eine Zuständigkeit besteht, werden die Europäischen Gemeinschaften im Beratenden Ausschuss das Stimmrecht ausüben, wobei die Anzahl ihrer Stimmen der Anzahl der EU-Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind und ihre Zuständigkeit in den betreffenden Bereichen auf die Europäischen Gemeinschaften übertragen haben, entspricht. Diesfalls üben die jeweiligen Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht nicht aus.

Zu Artikel 4:

Die Änderung in Artikel 23 des Übereinkommens normiert die Möglichkeit und die Modalitäten des Beitrittes der Europäischen Gemeinschaften zum gegenständlichen Übereinkommen. Demnach wird der Beitritt durch die Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats sichergestellt.